

## Der Tschetschenienkrieg im August 1996. (I): Die Wende

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1996). *Der Tschetschenienkrieg im August 1996. (I): Die Wende*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 56/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46522>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Der Tschetschenienkrieg im August 1996

### Die Wende (Teil I)

#### **Zusammenfassung**

Der August 1996 brachte die bisher gegensätzlichsten Eindrücke im Tschetschenienkrieg hervor: Eine Offensive tschetschenischer Kampfverbände gegen Groznyj, die Gefahr unübersehbarer Konflikteskalation, neue Impulse für eine Beendigung der Kriegshandlungen, Indikatoren für die Einsicht in die Perspektivlosigkeit der "Gewaltvariante" in der russischen Tschetschenienpolitik, ein Waffenstillstandsabkommen vom 22. August, Ansätze zu einer politischen Regelung, aber auch die Verquickung von Konfliktregulierung und innerrussischen Machtkämpfen.

#### **Die tschetschenische "Tet-Offensive"**

Wie nie zuvor in zwanzig Kriegsmonaten wurde durch die Offensive tschetschenischer Kampfverbände gegen Groznyj seit dem 6. August der Selbstbetrug der Jelzin-Administration, ihre Darstellung erschüttert, man führe *militärische Spezialoperationen* gegen *Banditen* durch, habe die Situation im größten Teil der abtrünnigen Republik, zumindest aber in ihrem Nordteil bei der Unterstützung der "legitimen Regierung" Doku Zavgajevs unter Kontrolle und biete der - leider unversöhnlichen - Gegenseite Angebote zur Konfliktbeilegung. Ihre psychologische Wirkung wurde mit der Tet-Offensive in Vietnam 1968 verglichen, "which exposed the hollowness of US claims to control the country",<sup>1</sup> auch mit dem Schock von Tsushima, der Vernichtung der russischen Flotte durch die Japaner im Mai 1905. In der breiten Bevölkerung zeigten sich allerdings im Unterschied zu den Medien auch diesmal keine nennenswerten Reaktionen auf das Kriegsgeschehen. In der nachfolgenden Entwicklung wechselten sich Indikatoren für den Heileffekt des Schocks, für neue tschetschenienpolitische Perspektiven, mit solchen für das Gegenteil, für eine noch stärkere Eskalation des Konflikts, ab. Zwei Tage lang schwebte die Drohung eines massiven russischen Gegenschlags über Groznyj. Gegen Ende August verzeichneten internationale Beobachter dagegen erstmals ernstzunehmende Anzeichen für einen Ausweg aus dem Krieg, sah man ein zartes Friedenspflänzchen in einer rauen Umwelt sprießen.

Zumindest galt die bis dahin gängige russische Doppelstrategie aus militärischem Druck und nicht ernst gemeinten Verhandlungsangeboten als gescheitert. Das Resultat der Offensive: Gegen Mitte August kontrollierten Widerstandstruppen den größten Teil der Stadt. Die Opferbilanz der

<sup>1</sup> Financial times, 9.8.1996, S. 12.

Strassenkämpfe belief sich bei den föderalen Truppen laut Aussage des russischen Militärstaatsanwalts zu diesem Zeitpunkt auf 396 gefallene Soldaten, 1.264 Verletzte und 130 Vermißte.<sup>2</sup> Später war die Rede von über 2.000 gefallenen Soldaten auf russischer Seite. Zehntausende Flüchtlinge rund um Groznyj befanden sich in einer entsetzlichen Lage; noch schlimmer war die Situation der in der Stadt Eingeschlossenen. Kliniken waren kaum noch fähig, Verwundete aufzunehmen; die Wasserversorgung und andere Teile der Infrastruktur lagen brach.<sup>3</sup> Groznyj war die Hölle. Die Androhung eines massiven Gegenschlags durch den Oberkommandieren der Bundestruppen, Pulikovskij, löste weitere wilde Fluchtwellen aus der Stadt aus.

Nach der Beruhigung der militärischen Lage durch ein Waffenstillstandsabkommen vom 22. August erhob sich Triumph im Lager der Separatisten, die mit der Offensive schlagartig ihre Verhandlungsposition verbessert hatten. Das Oberkommando der Bundeskräfte und das Innenministerium wurden<sup>4</sup> beschuldigt, von den Vorbereitungen des Gegners auf die Offensive gewußt zu haben, ohne sie verhindern zu können - oder zu wollen, wie in in russischen Medien spekuliert wurde. Wie zu Beginn des Kriegs wurden nach der Aufnahme der Straßenkämpfe russische Truppen völlig unkoordiniert und ohne ausreichende Unterstützung in die Stadt geschickt. Hatte die russische Seite zuvor Verhandlungen aus einer Position angeblicher militärischer Überlegenheit heraus geführt, so war diese nun gründlich erschüttert. Abrupt wechselte nach dem 22. August in Tschetschenien die Szene von extremem Streß und Panik zu einer Sieges euphorie. Die "boeviki" richteten eigene Posten ein, stellten Passagierscheine aus, eskortierten unbewaffnete russische Soldaten zu ihren eingeschlossenen Kameraden, um sie mit Wasser und Nahrungsmittel zu versorgen. Offiziell ging die Macht in der Stadt an gemischte Kommandanturen über. Beobachter berichten aber, daß die Tschetschenen sich anschickten, eine eigene Stadtverwaltung aufzubauen und als Bürgermeister einen Neffen Dudaevs einzusetzen.<sup>5</sup> Anfang September setzten sie zudem alle Bürgermeister in Tschetschenien ab, die von der moskautreuen lokalen Regierung ins Amt gebracht worden waren. Ihr Machtanspruch auf die Hauptstadt kommt in dem Wortlaut zum Ausdruck, mit dem jetzt Passagierscheine nach und aus Groznyj abgestempelt werden: "Tschetschenische Republik Itschkeria - Kommissariat Groznyj".

Die Offensive verdeutlichte die Asymmetrien und Ungleichgewichte, die einen lokalen Krieg dieser Art charakterisieren. Der *materiellen Asymmetrie*, dem Ungleichgewicht zwischen einer quantitativ gewaltigen, wenn auch qualitativ erbärmlichen russischen Kriegsmaschinerie und dem der Truppenzahl nach beschränkten, aber rekrutierungs- und reproduktionsfähigen Widerstand, steht die *psychologische Asymmetrie* gegenüber. Da kämpften Bundestruppen ohne Perspektive und klaren Auftrag, ja unter Bedingungen, unter denen elementare Befehlsstränge offenbar gerissen sind und die Unterstellungsverhältnisse bei der Führung des Militäreinsatzes verworren waren,<sup>6</sup> gegen tschetschenische Widerstandsverbände, die in ihrem Land einen Gegner bekämpften, dem eine große Zahl ihrer Landsleute, Verwandten und Mitkämpfer zum Opfer gefallen sind. Auch auf ihrer Seite waren die Führungsverhältnisse nie ganz klar,<sup>7</sup> aber die Kampfmotivation war in jedem Falle stärker als auf der Gegenseite. An Gewaltbereitschaft hat es auf russischer Seite nicht gemangelt: Die Kriegsführung war ebenso brutal wie ineffektiv. Hinzu kommt eine dritte, eine *propagandistische Asymmetrie*. In der Darstellung der jeweils eigenen Sache zeigte sich der tschetschenische

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1996, S. 2.

<sup>3</sup> Nach Angaben des Roten Kreuzes flohen 120.000 Menschen aus Groznyj, während die gleiche Zahl in der umkämpften Stadt verblieb (ebenda);

<sup>4</sup> Nach der Einnahme Groznys durch die Bundestruppen wurde die Sicherung der Stadt seit April 1995 dem Innenministerium unterstellt. Siehe Interview mit Generalleutnant Pulikovskij in Nezavisimaja gazeta, 30.8.1996, S. 3.

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.1996, S. 8.

<sup>6</sup> Zu den Unterstellungsverhältnissen in der Führung der vereinigten Streitkräfte des Verteidigungs- und Innenministeriums siehe Hans Henning Schröder, Viele Köche verderben den Brei... Zur strukturellen Führungsschwäche der Jelzin-Administration, Teil II, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 54/1996, S. 4.

<sup>7</sup> Laut Aussage Aleksandr Lebeds hat der militärische Führer der Separatisten, Aslan Maschadov, 60% der "boeviki" unter seiner direkten Kontrolle und 30% unter seinem Einfluß. 10% der Kämpfer stellen dagegen einen unkontrollierten Gewaltfaktor in Tschetschenien und eine Quelle von Terrorismus und Banditentum dar. Zit. in Süddeutsche Zeitung 4.9.1996, S. 2.

Widerstand in der Person seines Sprechers Movladi Udugov erfolgreicher als sein Gegner, konnte die internationale Berichterstattung für sich gewinnen, zuletzt noch mit seiner Offensive, die doch die Restbevölkerung Groznyjs unter fürchterlichen Druck setzte.

Mit psychologischer Zwangsläufigkeit wurden russischerseits für die Widerstandsfähigkeit des Gegners Gründe von außen gesucht: "Ein Reihe islamischer Organisationen der Türkei und Westeuropa haben erneut Mittel zur Unterstützung der tschetschenischen Separatisten gesammelt. Die größte Aktivität zeigt dabei die 'islamische Investitionsgruppe Saudi Arabiens', ebenso Hamas, Hezbollah, die grauen Wölfe". Eine türkische Organisation soll von 30 Mio. DM, die in Deutschland zur Unterstützung der islamischen Bewegung in Europa gesammelt wurden, eine beträchtliche Summe für den "heiligen Krieg" in Tschetschenien abgezweigt haben.<sup>8</sup> Ungeachtet solcher Ausflüchte zeichneten die russischen Medien dieser Tage nach, wie Jelzins Krieg im Kaukasus von Anfang an in "die Niederung eines perspektivlosen Kriegs gegen ein Volk mit schweren Verlusten sowohl in der Armee als auch in der Zivilbevölkerung" hineintrieb.<sup>9</sup> Um jetzt noch die für einen Anti-Guerilla-Krieg notwendigen flexiblen Strukturen - Spezialdienste und -einheiten (speclužby, specpodrazdelenija) - zu entwickeln und einzusetzen, dafür fehle es in Rußland an den Voraussetzungen. Deshalb gebe es im Tschetschenienkonflikt nur eine vernünftige Perspektive: eine ernstgemeinte politische Konfliktregelung, die Abwendung von der militärischen Handlungsvariante. In einem Vertreter der russischen Führung fand man die Inkarnation solcher Einsicht: in Aleksandr Lebed. Für ihn war die "silovoj variant", die Gewaltvariante in der Tschetschenienpolitik, längst obsolet geworden - für einen Mann, der sich mit der "Gewaltvariante" professionell bestens auskennt und ihr gewiß keine gesinnungsethische Gegnerschaft entgegenbringt. Ihm schreiben die Medien als einzigem russischen Führer auch eine historische Einsicht in den Tschetschenienkonflikt zu und gehen auf seine Exkurse in die Geschichte der russisch-tschetschenischen Gewaltbeziehungen in der Vergangenheit und auf seine Vergleiche mit der Afghanistan-Erfahrung ein.<sup>10</sup> Dabei ist es ein entscheidender und neuer Umstand, daß dem Entscheidungsträger russischer Tschetschenienpolitik diese Einsichtsfähigkeit auch von der Gegenseite, der tschetschenischen Widerstandsführung, zugeschrieben wird. Zwischen ihr und Lebed entwickelte sich ein Gesprächsklima bei der Aushandlung eines Waffenstillstands, das sich von der Atmosphäre bisheriger russisch-tschetschenischer Verhandlungen kraß unterschied. Welch ein Kontrast zu jenen spektakulären Verhandlungen im Kreml zwischen dem russischen Präsidenten und den "Banditenführern" vom 27. Mai 1996, die einen Höhepunkt in Jelzins wahlkampfbezogener Inszenierung von Friedenspolitik gebildet hatten. Den tschetschenischen Delegierten trat der russische Präsident damals mit zaristischer, mit "Jermolowscher" Großspurigkeit gegenüber, die seinen Verhandlungswillen zweifelhaft erscheinen ließ. "Sie sind zweieinhalb Stunden zu spät. Niemand hat es je gewagt, vor dem russischen Präsidenten auch nur fünf Minuten zu spät zu erscheinen."<sup>11</sup>

### **Vorgeschichte: Die Eskalation nach den Präsidentenwahlen**

In Reaktion auf die Offensive wurde auch der Mythos der "schlechten Zarenberater", einer ominösen "Partei des Krieges" in Jelzins Umgebung attackiert. Die Hauptverantwortung für das Blutvergießen in Tschetschenien war nach der Eskalation der angeblichen "Spezialoperationen" unmittelbar nach der Präsidentenwahl strikter als zuvor in die Hände des Präsidenten selber gelegt worden. Doch der absentierte sich in den dramatischen Augusttagen in einer Weise, die Erinnerungen an den Beginn des Tschetschenienkriegs wachrief.

Seit März 1996 war die gesamte Tschetschenienpolitik auf die "Ereignisfalle" der Präsidentschaftswahl ausgerichtet gewesen. Auch die Offensive der "boeviki" war auf dieses *timing*

<sup>8</sup> Moskovskie novosti, Nr. 33, 18-25.8.1996, S. 6.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Siehe z.B. Nezavisimaja gazeta, 17.8.1996, S. 1.

<sup>11</sup> Zit. in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.1996.

insofern zugeschnitten, als sie die Inaugurationsfeier des Präsidenten vom 8. August empfindlich störte. Udugov gab sie in erster Linie als eine Antwort auf die Eskalation der russischen Kriegshandlungen nach den Wahlen und die Unterbrechung des Verhandlungsprozesses aus. Hatte doch der jüngste Abschnitt in der Geschichte der russisch-tschetschenischen Konfliktbeziehung mit der Wiederaufnahme und Verschärfung der russischen Militäreinsätze unmittelbar nach dem Wahlsieg Jelzins im Juli begonnen. Der im Wahlkampf inszenierte Friedensprozeß fand ein abruptes Ende, ohne jede Schamfrist. In der russischen Presse war auch in den jelzinfreundlichen Blättern die Rede von "Scheinfrieden" und "Wahlkampftrick". Die heftigste innenpolitische Reaktion kam von dem Abgeordneten Konstantin Borovoj, dem Vorsitzenden der „Partei für Wirtschaftsfreiheit“, der in der Duma einen Antrag auf schärfste Verurteilung des wiedergewählten Präsidenten stellte.

Mitte Juli verstärkten sich Kämpfe um die südschetschenischen Orte Gechi und Machketi. In letzterem sollte sich angeblich das Hauptquartier des Dudaev-Nachfolgers Jandarbiev befinden, mit dem Moskau bis dahin noch in einem Verhandlungsprozeß stand. Die russischen Operationen in Südschetschenien setzten die Strategie fort, die schon vor den Präsidentenwahlen verfolgt worden war: Siedlungen, in denen sich Separatisten aufhalten sollten, wurden von der Außenwelt abgeschnitten, zur Auslieferung der Separatisten aufgefordert, schließlich durch Artillerie und Luftwaffe unter intensiven Beschuß genommen. Dabei wurden Häuser, Spitäler, die Wasserversorgung und die gesamte Infrastruktur zerstört. Solche "Spezialoperationen", verbunden mit sogenannten "Friedensabkommen", in denen sich Dorfborgkeiten zur Ablieferung von Waffen und Nichtunterstützung der Separatisten verpflichteten, hatten 1996 Ortsnamen wie Šali, Gudermes, Zamaški, Veden, Argun, Gechi, Machketi, Šatoj und Nožaj-Jurt in die Schlagzeilen der Weltpresse gebracht. Neben dem zerbombten Groznyj steht vor allem der Ort Zamaški als Symbol für die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung Tschetscheniens, die von russischen Militäraktionen "zur Wiederherstellung der Rechtsordnung" in der rebellischen Republik ausging.<sup>12</sup>

Für diese Strategie gab es zwei wesentliche Gründe. Der bewaffnete Widerstand sollte durch Druck auf die Bevölkerung, in der Unterstützung für die Separatisten zu vermuten war, zermürbt und von ihr getrennt werden. Die russische Kriegsführung hatte nicht begriffen, daß man in Tschetschenien mit solcher Gewalt den Widerstandsreflex eher schärft. Zumindest gilt dies für den Südteil des Landes, während im flachen Nordteil die Opposition gegen Dudaev ihre Basis hatte. Doch auch dieser Landesteil war nicht vom Widerstand abgekoppelt. Ein russischer Analytiker brachte 1995 die regionale Differenzierung in Tschetschenien auf die Formel: Im Süden Guerilla, im Norden Intifada.<sup>13</sup> Zum anderen scheuten die Bundestruppen das gezielte infanteristische Vorgehen gegen die gegnerischen Kampfverbände. Es sollte ein Maximum an Einschüchterung des Gegners mit einem für die eigenen Kräfte möglichst kampfdistanzierten Vorgehen erzielt werden.<sup>14</sup>

Ein Kommandierender der Truppen des Verteidigungsministeriums skizzierte Anfang Juli das Vorgehen in den "Spezialoperationen" folgendermaßen: dem Gegner in den Bergen unerträgliche Bedingungen bereiten, ihn in den waldlosen Teil des Landes zwingen und dort mit der Luftwaffe erledigen.<sup>15</sup> Ähnliches kennt man nicht nur aus Vietnam, sondern auch aus den Kaukasuskriegen des 19. Jahrhunderts, in deren Endphase die Wälder Tschetscheniens abgeholzt wurden und der Widerstandsstaat Schamils 1859 auf "verbrannter Erde" kapitulierte.

Die OSZE hat diese Strategie in einem Menschenrechtsbericht vom März 1996 angeprangert. Auch regierungsunabhängige Medien in Rußland verwarfen den Etikettenschwindel, der mit dem Terminus "Spezialoperation" getrieben wurde, und charakterisierten die Kämpfe als "krupnomasštabnaja

<sup>12</sup> Diesen Ort hatten russische Truppen zwischen dem 20. und 27. März 1996 mit Artillerie und Luftwaffe restlos zerstört, weil sich dort Widerstandstruppen in einem Betongebäude und in einem Sanatorium auf einer Anhöhe verschanzi hatten, wobei es weniger drastischer Mittel bedurf hätte, gegen sie vorzugehen. Nur vier Stunden Zeit hatte man dabei den 10.000 Einwohnern zur Flucht gegeben und den Flüchtlingstreck auch noch beschossen.

<sup>13</sup> A. Iskandarjan, Čečenskij krizis: Proval rossijskoj politiki na Kavkaze. Moskovskij Centr Karnegi, Moskau 1995, S. 30.

<sup>14</sup> Neue Zürcher Zeitung, 15.7.1996.

<sup>15</sup> Segodnja, 2.7., S. 1.

vojna", als regelrechten Krieg. Durch die russischen Angriffe wurden die Separatisten zwar weiter in die Berge zurückgedrängt, mußten einige ihrer Hochburgen räumen und ihre Präsenz in den Dörfern reduzieren. Das schwächte sie aber nicht, zwang sie lediglich zu einem ortsunabhängigeren Vorgehen. Einige ihrer Führer wie der "Vizepräsident der Republik Itschkerien", Abumuslimow, verkündeten lauthals den Übergang zum Partisanenkampf. Von einer flächendeckenden Kontrolle in irgendeinem Teil Tschetscheniens waren die vereinigten föderalen Truppen des Innen- und des Verteidigungsministeriums offensichtlich weit entfernt. Die Scheu vor infanteristischen Einsätzen führte dazu, daß "gegnerische Ortschaften" zerstört, aber nicht eingenommen wurden. Über Grozny hinaus und in die Dörfer hinein wagte sich die Armee kaum. Mit der Offensive gegen Grozny zerstörte der Gegner nun auch die Illusion, die Anfang 1995 so heftig umkämpfte und weitgehend zerstörte Republikhauptstadt sei unter Kontrolle Rußlands und der "legitimen Regierung" in Tschetschenien.

### Das Ende der Marionettenregierung

Die Offensive zerfetzte insbesondere den Machtanspruch der "legitimen Regierung" Tschetscheniens, die weltweit als ein in der Bevölkerung nicht verankertes Marionettenregime Moskaus angesehen wurde. Ihr Chef Doku Zavgajev hatte sich den Spitznamen Doku Aeroportovič erworben, weil sein wirklicher Herrschaftsbereich kaum über den russischen Stützpunkt "Severnyj", das Flughafengelände im Norden Groznyjs, hinausging. Bei der Offensive flüchtete seine Regierung in die Festung Chankala. Zavgajev selber hielt sich überwiegend in seiner Moskauer Wohnung auf. Wenn sein Regime eine Basis hatte, dann nur im Norden, und auch dort nicht, weil die Bevölkerung ihm nahesteht. "In Groznyj und Umgebung führt Kriegsmüdigkeit allenfalls dazu, daß Teile der Bevölkerung beiden Konfliktparteien mit Indifferenz begegnen."<sup>16</sup> Ein Interview mit Zavgajevs "Ministerpräsident" Koschmann, einem ausrangierten General der Eisenbahntroop, enthüllte die Realitätsblindheit, der das Regime unterliegt. Man ergeht sich in den gewohnten Propagandafloskeln, während in Groznyj bereits der Häuserkampf tobt: Es gebe keinen Krieg, nur Terrorakte bewaffneter Banditen.<sup>17</sup> Zavgajev selber verkündete noch unmittelbar vor der Offensive des Gegners, die Entwicklung in Tschetschenien unterliege einer wachsenden Normalisierung. Zuvor hatte er ein Bild der Waffenruhe und des Friedens an die Wand gemalt, während in Südtschetschenien Dörfer aus allen Rohren beschossen wurden. Heftige Kritik erntete Zavgajev in den kritischen Tagen der Offensive von dem neuen Tschetschenienbeauftragten Lebed. Dieser hatte allerdings bei seiner Einführung in den russischen Machtapparat im Juli die Marionettenregierung noch als den legitimen Verhandlungspartner Moskaus in Tschetschenien bezeichnet und war damit von seiner seit Kriegsbeginn und verstärkt im Wahlkampf eingenommenen kritischen Position gegenüber der offiziellen russischen Tschetschenienpolitik vorübergehend abgewichen. Einen unerbittlichen Kritiker hatte Zavgajev seit langem in Chasbulatov. Der machte ihm den Vorwurf, die "zweite Etappe des Kriegs" durch die Hintertreibung von Verhandlungen entfesselt zu haben. "Die stumpfsinnige Sturheit der Kremlpolitiker besteht vor allem in dem Versuch, eine Marionette an der Macht zu halten." Zavgajev verkörpere keine eigenständige politische Kraft und schon gar kein nationales Versöhnungs- oder Integrationspotential für ein Nachkriegstschetschenien, er sei ein bloßer Popanz der Moskauer Administration (pridatok Moskovskoj administracii). Seine Aktivität bestehe darin, jeden Verhandlungsprozeß zu verhindern, der unterschiedliche politische Kräfte Tschetscheniens einschließlich der Separatisten umfaßt, so daß Moskau letzten Endes für ihn Krieg in Tschetschenien führe.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Neue Zürcher Zeitung, 8.7.1996, S.1.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Interview in Nezavisimaja gazeta, 30.7.1996, S. 1. Dahinter steht eine tiefe Feindschaft zwischen den beiden Politikern tschetschenischer Nationalität. Chasbulatov hatte im August 1991 in seiner Funktion als Vorsitzender des russischen Parlaments die kommunistische Machtelite in der tschetschenisch-inguschischen ASSR mit Zavgajev an der Spitze fallenlassen und die Parlamentsauflösung in Groznyj gefördert, die dann Dudaev an die Macht brachte. Die entmachtete Führung der ASSR hatte sich beim Augustputsch in Moskau hinter die Putschisten gestellt.

Aus diesen Gründen entbehrte auch die in Moskau kursierende Idee eines Truppenrückzugs *à la* Afghanistan unter Zurücklassung eines stark aufgerüsteten Statthalters ihrer Grundlage. Die Miliz des Regimes ist kein Machtfaktor. Obwohl zuletzt noch einmal aufgerüstet, ist sie schlecht ausgebildet und in

Hinsicht auf ihre Kampfmotivation mit dem Gegner nicht zu vergleichen. Bei der Regelung der Ordnungsstrukturen nach der Truppenentflechtung in Groznyj durch das Abkommen vom 22. August wird sie völlig übergangen. Der Regierungsapparat gilt sogar als von Leuten durchsetzt, die mit dem Gegner kooperieren. Politische Kräfte, die mit Moskau identifiziert werden, haben in Tschetschenien keine Chance. Die Tschetschenen unterscheiden sich von Osseten oder Georgiern eben dadurch, daß sie nie zur Zusammenarbeit mit der Kolonialmacht bereit waren. Der Machtapparat in der tschetscheno-inguschischen ASSR war vor 1989 überwiegend russisch. Erst danach trat mit Zavgaev ein Tschetschene an die Spitze des Partei- und Staatsapparats und verbreiterte die tschetschenische Kadergrundlage.

Gegen Ende August 1996 kristallisierte sich immer deutlicher eine Verhandlungskonfiguration heraus, die zuvor nicht wirklich zustande gekommen war: Moskau spricht durch Lebed unmittelbar mit dem Gegner, wobei sich sogar eine Atmosphäre gegenseitigen Respekts und Vertrauens aufbaute. Auch wenn diese Konfiguration noch nicht konsolidiert, sondern mannigfachem Störfeuer ausgesetzt ist, scheint sie das Ende jener Handlungsvariante zu bedeuten, bei der Moskau seit Herbst 1994 auf Statthalterschaft durch Dudaev-Gegner in Tschetschenien gesetzt hatte. Doku Zavgaev, der im August 1991 von Dudaev entmachtete kommunistische Partei- und Parlamentschef der tschetscheno-inguschischen ASSR, diente Moskau seit Oktober 1995 in dieser Funktion. Zuvor hatten andere Namen und Organisationen für moskauorientierte politische Strukturen in Tschetschenien gestanden: Salambek Chadžiev und seine Regierung der nationalen Wiedergeburt, ein Komitee der nationalen Versöhnung und in der Phase der indirekten Einmischung Moskaus in die innertschetschenischen Machtkämpfe Umar Avturchanov und sein Provisorischer Rat.<sup>19</sup> Auch bei akzeptablen Politikern bedeutete die Umarmung durch Moskau aus der Sicht der Bevölkerung ein abstoßendes Stigma, selbst bei dem nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung, der in Dudaev ein nationales Unheil sah. Über diese Tatsache setzte sich Moskau durch groteske Versuche der Legitimierung seiner Statthalter hinweg, so durch die Wahlfarce vom 17. Dezember 1995 und Sommer 1996, bei denen Doku Zavgaev und sein Auftraggeber Jelzin von der lokalen Bevölkerung angeblich kräftig bestätigt wurden. Eine Umfrage, die im Sommer 1995 unter tschetschenischen Flüchtlingen in Rußland und teilweise in Tschetschenien selber durchgeführt worden war, hatte ein realistischeres Bild ergeben. Damals erhielt Zavgaev zwischen 3 und 8 Prozent Zustimmung.<sup>20</sup>

Uwe Halbach

---

<sup>19</sup> Zur Statthalterschaft-Politik Moskaus siehe A.Makarkin, Včera - Afghanistan, segodnja - Čečnja, in: Segodnja, 16.8. 1996, S. 5.

<sup>20</sup> Izvestija, 16.8.1996, S. 2.